

Bildungsföderalismus

Mathias Bug



Mathias Bug

Bürokratiemoloch versus Garant für Vielfalt

Der Bildungsföderalismus ist seit Bestehen der Bundesrepublik ein umkämpftes und umstrittenes Thema. Spätestens seit dem PISA-Schock vor zehn Jahren und den Bologna-Reformen entwickelte sich großer Aktionismus im Bildungssystem. Dieser führte seinerseits wiederum zu Kritik und endete in erneuten Rufen nach einer stärkeren Bundeskompetenz im Bildungsbereich. Dabei reibt sich die Diskussion meist an Teilaspekten des Bildungsföderalismus.

Medienwirksam präsentierte Bevölkerungsbefragungen, wie sie zum Beispiel von der Bertelsmann-Stiftung in Auftrag gegeben wurden, zeichnen diese Facettenhaftigkeit nach:

„Mit einer Maßnahme ließe sich die Gunst der Wähler allerdings sofort gewinnen: mit der Abschaffung des Bildungsföderalismus. 61 Prozent der Allensbach-Befragten wünschten sich ein bundesweit einheitliches Schulsystem. Im Osten sprachen sich sogar fast 80 Prozent der Umfrageteilnehmer dafür aus, die Verantwortung für die Bildungspolitik von den Ländern auf den Bund zu übertragen.“

(Focus-online, 31.03.2010, <http://tinyurl.com/4x47du7>)

„Auch der bundesdeutsche Bildungsföderalismus steht in der Kritik. 72 Prozent der LehrerInnen sowie 78 Prozent der Bürger fordern bundesweit einheitliche Abiturprüfungen. Sechs von zehn Pädagogen sind der Meinung, dass Bildungspolitik Bundessache sei.“

(taz.de, 19.04. 2011, <http://tinyurl.com/5tlepkf>)

„Viel Kritik gibt es am Bildungsföderalismus. Bildung ist in Deutschland Ländersache. Deshalb sind die Schulsysteme von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich. Für Familien mit schulpflichtigen Kindern ist der Umzug innerhalb Deutschlands deshalb mitunter schwierig. 92 Prozent der Befragten beklagen die unterschiedlichen Lehrinhalte in den einzelnen Ländern und wünschen sich bundesweit einheitliche Abschlussprüfungen.“

(Focus online, 14.04.2011, <http://tinyurl.com/65n2xht>)

Die Ergebnisse scheinen eine deutliche Sprache zu sprechen, sind aber durchaus mit Vorsicht zu genießen, schließlich handelt es sich beim Bildungsföderalismus um ein auch emotional besetztes Thema. So ist auch die Stellungnahme der KMK zur zitierten Allensbach-Umfrage zu verstehen:

„Die Allensbach-Frage, wer zuständig sein sollte, „um überall in Deutschland die gleiche Qualität der Schulen und ein einheitliches Bildungsniveau zu gewährleisten“ erfragt nur „eine Seite der Medaille“. Wenn dagegen nach der Bedeutung der regionalen Nähe von Bildungsverantwortung zur Lösung von Schulproblemen vor Ort gefragt würde, sähe das Ergebnis ganz anders aus.“

(Kultusministerkonferenz 01.04.2010, <http://tinyurl.com/5wvllkz2>)

In allen Bereichen des Bildungssystems wird der Bildungsföderalismus als Erklärung für Leistungsschwäche, Intransparenz und Uneinheitlichkeit herangezogen. In besonderem Maße gilt dies für das Schulwesen; vielleicht auch weil hier der Bund seit jeher kaum Kompetenzen hat.

Mobilität von Schülerinnen und Schülern

Einen Kristallisationspunkt der Debatte um den Schulföderalismus bildet der Mobilitätsaspekt. Der frühere bayerische Kultusminister (1970-1986) und zweimalige Präsident der KMK, Hans Maier, gibt jedoch zu bedenken:

„Das Thema wird mit dem emotionalen Satz ‚Vater versetzt, Sohn sitzengeblieben‘ in eine falsche Richtung gelenkt. Denn abgesehen von der Tatsache, dass Unterschiedlichkeiten im Bildungswesen keineswegs allein durch Ländergrenzen verursacht werden (innerhalb einer einzigen Stadt können Schulen so unterschiedlich sein wie zwischen Ländern!): Ist es denn in einem föderalistischen System verwunderlich, daß es Unterschiede gibt? Ist die mühevoll Veranstaltung des Bundesstaates denn nur dazu da, am Ende ein noch höheres Maß an Einheitlichkeit zu erzeugen als der Einheitsstaat? Dient föderalistische Verschiedenheit nicht vielmehr dazu, Angebote zu schaffen, Wahlmöglichkeiten zu vermehren und damit die Grundrechte für den einzelnen effektiver zu gestalten?“

(Maier in KMK 1998, S. 32)

Maiers aktueller Nachfolger im bayerischen Kultusministerium, Ludwig Spaenle, blies als Präsident der Kultusministerkonferenz 2010 ins gleiche Horn, erklärte das Umzugsszenario jedoch zum bildungspolitischen Auftrag:

„Der Bildungsföderalismus ist ein Produkt der Geschichte, die KMK ein oft heftig gescholtenes bundespolitisches Instrument, das wichtige Rahmenbedingungen mitgestaltet hat. Die Kulturhoheit der Länder garantiert, dass Bildung sich nach den Bedürfnissen der Menschen richtet und – noch wichtiger – von ihnen auch kontrolliert werden kann. Das ist ein Vorteil gegenüber zentral regierten Staaten wie Frankreich oder Italien. Wenn ich unterschiedliche Angebote habe, bedeutet das ein Stück Lebens- und Standortqualität. Aber es ist auch eine Herausforderung: Es ist unsere gesamtstaatliche Verantwortung, dass ein Kind durch einen Umzug von Hamburg nach München keine schulischen Nachteile erleidet.“

(Focus online, 03.02.2010, <http://tinyurl.com/6aeuhaa>)

Heike Schmoll von der FAZ sieht in der derzeitigen Mitverantwortung des Bundes für die Berufsbildung und die Forschung Grund genug, eher geringe Erwartungen in ein mögliches Erstarken des Bundes zu setzen:

„So verständlich der Ärger über Schulvielfalt ist, etwa nach einem Umzug von einem Land in ein anderes, so wenig verspricht ein wie auch immer gearteter Bildungszentralismus eine schöne neue Bildungswelt. Es ist eine Illusion, dass es in einem zentral geregelten Bildungssystem einheitliche Lernverhältnisse gibt. Es ist zu einfach, die föderale Organisation des Bildungssystems gegen die Zuständigkeit des Bundes auszuspielen, zumal Bundeszuständig-

keit etwa bei der Berufsbildung oder der Forschung bestenfalls ambivalente Wirkungen entfaltet. Vielmehr scheint sich die Pluralismuskritik vieler Bürger gerade am Bildungssystem festzumachen.“

(FAZ.net, 02.06.2011, <http://tinyurl.com/5w6xzhw>)

Als bewährte Alternative zur Bundeszuständigkeit präsentiert sich entsprechend die Kultusministerkonferenz und erweitert den Mobilitätsaspekt um weitere Stakeholder:

„Eine wesentliche Aufgabe der Kultusministerkonferenz besteht darin, durch Konsens und Kooperation in ganz Deutschland für die Lernenden, Studierenden, Lehrenden und wissenschaftlich Tätigen das erreichbare Höchstmaß an Mobilität zu sichern, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sicherzustellen und die gemeinsamen Interessen der Länder im Bereich Kultur zu vertreten und zu fördern.“

(KMK 2011, <http://tinyurl.com/6xrdc6y>)

Zentralabitur und gesamtstaatliche Bildungsziele

Unmittelbar mit der Mobilitätsdiskussion hängt die Vergleichbarkeit von Abschlüssen (und die Entwicklung gemeinsamer Bildungsstandards) zusammen. So lässt Kultusminister Ludwig Spaenle die Spiegel-Leser wissen:

„Wir brauchen auch Standards zur besseren Vergleichbarkeit der Abschlüsse. Da kommt das sogenannte Südambitur ins Spiel: Gemeinsam mit vier weiteren Ländern wollen wir normierte Aufgabenpools für die Abiturprüfungen entwickeln.“

(Spiegel online, 25.01.2011, <http://tinyurl.com/68wykwd>)

Der Vorschlag für ein „Südambitur“ lässt sich aber auch als ein problematisches Ausscheren einiger Länder aus der gesamtstaatlichen Orientierung interpretieren. So steht der thüringische Bildungsminister Matschie vor einem Dilemma:

„Doch in Rheinland-Pfalz gibt es derzeit nicht einmal ein eigenes Zentralabitur. So ist offen, wie viele sich am Ende an einem gemeinsamen Abitur beteiligen werden. Matschie sagt, es sei nicht sinnvoll, wenn nur ein paar Länder vorpreschen. Bayern aber will Verträge notfalls auch mit einzelnen Partnern schließen.“

(sueddeutsche.de, 08.06.2011, <http://tinyurl.com/6xxre4e>)

Tanjev Schultz gibt auf sueddeutsche.de zu bedenken, dass die Einführung bundesweit einheitlicher Abschlussprüfungen kein Ende der Kritik an der bundesdeutschen Bildungspolitik bringen würde:

„Sollten sich Fehler einschleichen oder die Abiturienten in einigen Bundesländern plötzlich viel schlechter abschneiden als zuvor, könnte sich die Meinung der Bürger schnell drehen. Sie würden dann nicht mehr über das Durcheinander im Föderalismus schimpfen – sondern über die Tücken des Zentralismus.“

(sueddeutsche.de, 08.06.2011, <http://tinyurl.com/6xxre4e>)

Nach Einschätzung Heribert Prantls – ebenso auf sueddeutsche.de – zeigt sich das ganze Elend des Bildungsföderalismus an dessen Unfähigkeit, die tatsächliche Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen herbei zu führen:

„Was spricht für einen Bildungsföderalismus? Der Gedanke, ein Wettstreit der Länder um die besten Schulformen könnte das System voranbringen, ist nur abstrakt sehr verlockend. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Koordination der Abschlüsse klappt in der KMK, der Kultusministerkonferenz, nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Die KMK ist kein kluges Steuerungselement, sondern ein Bürokratiemoloch.“

(sueddeutsche.de 22.10.2008, <http://tinyurl.com/6b62mg2>)

Der auch ansonsten nicht als Föderalismusbefürworter auftretende Redakteur des Spiegels, Thomas Darnstädt, macht ebenfalls keinen Hehl daraus, dass er die Kompetenzen für das Schulwesen besser beim Bund aufgehoben sieht – ob schon zur Zeit seines Beitrags bereits deutschlandweite Bildungsstandards und dazugehörige Tests in Vorbereitung waren:

„Wahrscheinlich ist nur in der Finanzpolitik eine nationale Planung so wichtig wie bei der Bildung. Die im Lande etwas von Schulen verstehen, fordern vergebens einen nationalen Bildungsplan, einen politisch und fachlich konsensfähigen Rahmen, wie und was in der Bildungsrepublik Deutschland gelernt werden soll. In der Wirtschaft, wo die Sorge um gebildeten Nachwuchs wächst, gehört die Forderung nach Abschaffung der Länderkompetenz für die Schulen mittlerweile zum Standardseufzer.“

(Spiegel online, 23.11.2009, <http://tinyurl.com/623th26>)

Schulstruktur

Die Debatte um die beste Schulstruktur läuft ähnlich ins Widersprüchliche, zumal ihr Effekt auf Schülerleistungen ohnehin kaum nachgewiesen werden kann:

„Dabei hat die Frage, wie Schulen organisiert und Schüler sortiert werden, keine Bedeutung für die Qualität von Bildung. Bildungspolitisch gesehen ist jede Schulstrukturereform Geldverschwendung. In dieser Einsicht sind sich alle einig, die von Schulqualität etwas verstehen. Keine ‚belastbare Evidenz‘, so fein drückt das der Bildungsforscher Jürgen Baumert aus, gebe es für den Nutzen einer Verlängerung der Grundschule.“

Annette Schavan, als Kultusministerin in Stuttgart selbst heftige Reformerin, steht als Bundesbildungsministerin über solchen Spielen: „Es kommt nicht auf die Strukturen an, sondern auf die Inhalte.“ Und selbst bei Kultusministern wächst der Überdruß. Das Thema der Schulgliederung, sagt Jan-Hendrik Olbertz, ehemals parteiloser Ressortchef in Sachsen-Anhalt, „hängt mir zum Hals raus. Strukturfragen sind Fragen von gestern.“

(Spiegel online, 05.07. 2010, <http://tinyurl.com/6kzrkas>)

Daraus erklärt sich, dass der amtierende Präsident der KMK, der niedersächsische Kultusminister Bernd Althusmann, unaufgeregt konstatiert:

„Ich denke, langfristig werden wir in allen Bundesländern in eine Zweigliedrigkeit übergehen, auch Bayern und Baden-Württemberg werden in den nächsten Jahren die Herausforderung des demografischen Wandels annehmen müssen. In der Kultusministerkonferenz wird derzeit eine Debatte darüber geführt, wie das weiterführende Schulangebot nach der Grundschule richtig und sinnvoll organisiert werden sollte.“

(Spiegel online, 27.10.2010, <http://tinyurl.com/38uknsl>)

Dieses Nachdenken über die „richtige“ Organisation der verschiedenen Schulangebote findet – so der Hinweis der Politikwissenschaftlerin Ursula Birsl und

von Cornelius Schley – auch in anderen Ländern nicht allein auf der Ebene der Gliedstaaten statt:

„Dazu gehört aber auch die Erkenntnis, dass föderal verfasste Länder, die – wie Kanada oder Australien – diese Strukturen zu einer auf regionale und soziale Bedarfe abgestellte Schule nutzen, offensichtlich daraus Qualitätsvorteile ziehen können. [...] Voraussetzung ist allerdings ein Konsens über die Grundstruktur eines Bildungssystems.“

(Birsl/Schley 2007, S. 52)

Mit Blick auf die Erfahrungen aus Kanada und der Schweiz plädiert Valerie Lange vom Netzwerk-Bildung für die Berücksichtigung sogar der regionalen Ebene:

„Das beste Argument für den Bildungsföderalismus ist eine dezentrale und individuell angepasste Steuerung. Diese Argumentation kann nicht nur bis zur Länderebene reichen – eine Verlagerung der Bildungskompetenz auf regionale Entscheidungsträger wäre also konsequent.“

(Lange in: FES Netzwerk-Bildung 2009, S. 6)

Auch Heike Schmoll von der FAZ weist den Kommunen eine wichtige Rolle zu:

„Freilich aber könnte der Einsatz von Bundesmitteln auf dem Feld der Schulpolitik so geregelt werden, dass der Föderalismus gestärkt und das Zusammenspiel zwischen Ländern und Kommunen verbessert werden. Derzeit sind die Kommunen als Schulträger für die sogenannten äußeren Schulangelegenheiten, also für die Schulgebäude, alleine zuständig. Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg haben aus dem Hamburger Volksentscheid gelernt, dass sie den Kommunen, denen es vor allem um die Sicherung der Schulstandorte geht, in der Festlegung der Schulart viel Entscheidungsfreiheit geben müssen.“

(FAZ.net, 02.06.2011, <http://tinyurl.com/5w6xzhw>)

Zusammenarbeit von Ländern und dem Bund

Die strukturellen Grenzen einer Kooperation der Länder beschreibt der Bildungsforscher Jürgen Baumert in einem Interview mit „Die Welt“:

„Die Grenzen der Funktionsfähigkeit des Bildungsföderalismus werden dann erreicht, wenn in gesamtstaatlicher Verantwortung konstruktive Programme, die Geld kosten, aufgelegt werden sollen, etwa Ganztagschule oder Sprachförderung. Hier sind die Interessen der Länder zu unterschiedlich. Die Kultusministerkonferenz hat aber ihre Hausaufgaben gemacht, soweit es um Qualitätssicherung und Leistungsstandards geht. Und ein fairer Wettbewerb zwischen den Ländern ist legitim und kann befruchtend sein.“

(Welt online, 23.06.2010, <http://tinyurl.com/3y95be9>)

Die SPD Bundestagsfraktion hingegen möchte die Zuständigkeit für Bildungspolitik bei den Ländern belassen. Sie fordert allerdings bessere Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und gemäß den oben dargestellten Feststellungen zur Schulstrukturdebatte den Kommunen:

„Die Internationalisierung der Bildung und die Schaffung eines europäischen Bildungsraumes erzeugen neue Möglichkeiten und Chancen, aber auch einen länderübergreifenden Anpassungsbedarf, um sie nutzen zu können. Zunehmend individuelle Bildungsbiographien folgen ebenso steigenden wie veränderlichen Anforderungen an Kenntnissen und Fähigkeiten der

Beschäftigten in einer wissensgetriebenen Wirtschaft. Hinzu kommen der Bedeutungszuwachs der frühkindlichen Bildung, der integrativen und inklusiven Bildung, das Ziel der Sicherung und Weiterentwicklung der kommunalen Bildungsinfrastrukturen sowie die Bewältigung des Strukturwandels in der Hochschullandschaft als übergreifende Aufgabenstellungen, die sich einer exklusiven Zuordnung zu einer einzigen politischen Gestaltungsebene zunehmend entziehen.“

(Deutscher Bundestag, 25.05.2011, <http://tinyurl.com/6xlgmwx>)

Der zunächst in Nordrhein-Westfalen und dann in Schleswig-Holstein für die SPD tätige ehemalige Staatssekretär Wolfgang Meyer-Hesemann teilt den Standpunkt von der Notwendigkeit einer intensiveren Zusammenarbeit von Bund und Ländern:

„Ein hohes Maß an föderaler Freiheit erfordert daher ein ebenso hohes Maß an föderaler Verantwortung. In Kenntnis dieser Risiken und Nebenwirkungen haben wir uns in Deutschland nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus für eine föderale Organisation insbesondere des Bildungswesens entschieden. [...] Eine sehr prinzipielle Sicht jedenfalls, die vor allem auf Entflechtung von Aufgaben und Aufgabenzuständigkeiten und auf die Sicherung jeweils eigenverantwortlicher Aufgabenwahrnehmung abhebt, hilft hier nicht wirklich weiter, der gesamtstaatlichen Verantwortung für zentrale Zukunftsprobleme unserer Gesellschaft gerecht zu werden – das ist jedenfalls meine Überzeugung.“

(Meyer-Hesemann in: FES Netzwerk-Bildung 2009, S. 10)

Laufer/Münch hingegen sehen strategische Probleme aus der Zusammenarbeit zwischen den Ländern sowie zwischen Bund und Ländern erwachsen:

„Die daraus resultierende unitarische Bildungspolitik bleibt auf der einen Seite immer noch deutlich hinter den Wünschen vieler Eltern nach einem mobilitätsfreundlichen Schulsystem zurück. Auf der anderen Seite birgt der Widerspruch zwischen dem grundsätzlichen Anspruch der Länder auf eine eigenständige Gestaltung ihrer Bildungspolitik und den tatsächlich vielfältigen Arrangements zwischen den Ländern sowie zwischen Bund und Ländern die Gefahr, dass zentrale Ausprägungen deutscher Bundesstaatlichkeit in der Öffentlichkeit als wirklichkeitsfremd und lebensfern wahrgenommen werden.“

(Laufer/Münch 2010, S. 188)

Der ehemalige bayerische Ministerpräsident und Verhandlungsführer in der Föderalismusreform 2006, Edmund Stoiber, sieht entsprechend Koordinierungsbedarf zwischen den ‚bildungskompetenten‘ Ländern:

„Wettbewerb in der Bildung darf nicht mit einem Wettbewerb in Kleinstaaterei und Ideologie verwechselt werden. Föderalismus in der Bildung setzt immer auch Bundestreue voraus. Mit der Souveränität der Länder muss auch eine Selbstbeschränkung im gesamtstaatlichen Interesse verbunden sein. Hier ist vor allem auch die Kultusministerkonferenz künftig noch stärker gefragt: Bildungspolitik muss einen gemeinsamen Nenner haben, der auch Deutschland heißt.“

(sueddeutsche.de, 27.07.2010, <http://tinyurl.com/33qg6sx>)

Jedoch gibt Meyer-Hesemann zu bedenken:

„Der KMK fällt es immer schwerer, sich in zentralen gesamtstaatlichen Fragen auf gemeinsame Rahmenregelungen oder Projekte zu verständigen. Die Daseinsberechtigung der KMK beweist sich inzwischen auf vielen Feldern immer häufiger in unverbindlichen „Empfehlungen“, wohl austarierten „Stellungnahmen“ und „Handlungskonzepten“, die lediglich Kompilationen der ohnehin in den Ländern durchgeführten Maßnahmen oder Projekte darstellen.“

(Meyer-Hesemann in: FES Netzwerk-Bildung 2009, S. 14)

Jürgen E. Zöllner, beim zitierten Zeit-Interview Deutschlands dienstältester Minister, der zunächst in Rheinland-Pfalz und dann in Berlin das Kultusministerium unter sich hatte, führt diese Beobachtung zur folgenden Einschätzung und bringt den Bereich Hochschule ins Spiel:

„Die [Kultusministerkonferenz] hat über die Jahre ihre Sache im Großen und Ganzen gut gemacht. Nur bei der Reform der Lehrerbildung hat sie völlig versagt. Und im Moment ist sie keine gestalterische Kraft mehr.“

(Zeit online, 30.05.2011, <http://tinyurl.com/6xuj7hz>)

Hochschulföderalismus

Neben den Teilaspekten des Schulföderalismus stößt vor allem auch der Hochschulföderalismus auf Kritik. Das Geflecht an Akteuren ist allerdings anders gelagert, schließlich spielen hier beispielsweise der Bund mit seiner Forschungsförderung und weitgehend autonom handelnde Hochschulen wichtige Rollen. Dennoch kann auch für den Bereich Hochschule ein ständiges Hinterfragen der Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern beobachtet werden. So war das Ergebnis einer neuerlichen Studentenbefragung:

„Dass die Länder diese Aufgaben allein packen können, glauben nicht viele der befragten Studenten. Eine Mehrheit fordert deshalb, dass der Bund mehr Kompetenzen in der Bildungs- und Hochschulpolitik bekommen sollte. 59 Prozent wollen dies, und nur 25 Prozent finden gut, dass die Bundesländer hier die Verantwortung tragen.“

(Welt online, 07.06.2011, <http://tinyurl.com/64ucra8>)

In der Tat wagt sich der Bund in jüngster Zeit nach verfassungsgerichtlichen Rückschlägen (Stichworte: Juniorprofessur, Studiengebühren) und der Föderalismusreform wieder über den Forschungsbereich in den Hochschulbereich. So wurde zum Beispiel 2009 die Universität Karlsruhe weitgehend mit dem Forschungszentrum Karlsruhe zum Karlsruher Institut für Technologie (KIT) verschmolzen. Martin Kaul von der taz fragt sich hierzu:

„Doch hinter dem KIT verbirgt sich die Frage nach den Grundlagen künftiger Wissenschaftspolitik in Deutschland. Der Rechtswissenschaftler Simon Sieweke hat das KIT untersucht und sagt: ‚Die Organisationsform des KIT ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar.‘ Die Finanzmittel des Bundes würden zu 90 Prozent in die institutionelle Förderung fließen, der Bund dürfe an Hochschulen aber nur zweckgebundene Ausgaben tätigen.

Und es gibt andere Bedenken, die die Karlsruher Föderalismusrealität nicht nur aus theoretischen Gründen infrage stellen: Darf der Bund so stark in die Strukturförderung einer einzigen Region eingreifen? Wird hier eine Universität, eine ganze Region, aus der Bildungsstruktur herausgebrochen, die für alle anderen zu gelten hat?“

(taz.de, 06.04.2010, <http://tinyurl.com/67ofxyc>)

Ursula Münch stellt dazu fest:

„Auf Gehör stoßen derlei verfassungsrechtliche Einwände jedoch nicht. Auch an diesem Beispiel zeigt sich das neue Verhaltensmuster im bundesdeutschen Bildungsföderalismus: Dem Beschwören des föderalen Scheins folgt der Hinweis auf die Fähigkeit der Akteure zur pragmatischen Lösung getreu dem Motto von Bundesbildungsministerin Annette Schavan: Föde-

ralismus hin oder her, wenn zwei Minister – ein Landesminister und eine Bundesministerin – etwas wollen, dann finden sie auch Wege, das zu tun“

(Schavan 2009:45). (Münch in: die hochschule 2011, S. 47)

Zusammenfassung

Es zeigt sich, dass das nach der Föderalismusreform 2006 verfassungsrechtlich am stärksten entflochtene Politikfeld der Bundesrepublik nach wie vor starke Vernetzungen aufweist. So hat man nicht nur horizontal zwischen den Ländern sondern auch – was mit der Föderalismusreform eingedämmt werden sollte – vertikal zwischen Bund und Ländern Wege der Einflussnahme gesucht und gefunden.

Den Umgang der Länder mit ihrer Bildungskompetenz kommentiert Ursula Münch:

„Eingebettet in ein föderalismusfeindliches gesellschaftliches Umfeld fiel es den sowohl unter Geldknappheit als auch unter Ideenmangel leidenden bildungspolitischen Akteuren leicht, sich auf unitarisierende Sachzwänge zu berufen. Die Länder versäumten es, die Maßstäbe und Bedingungen für Kooperation und Unitarisierung offen zu diskutieren und selbst festzulegen. Auf diese Weise sind sie in der Vergangenheit gegenüber dem Bund ins Hintertreffen geraten. Die künftige Bewahrung ihres Hausguts gegenüber der Europäischen Union einerseits und den wichtiger werdenden nichtstaatlichen Akteuren andererseits wird ungleich schwieriger werden.“

(Münch in: Scheller/Schmid 2008, S. 215)

Als Ausweg spekuliert Edmund Stoiber darauf, dass die in das Grundgesetz aufgenommene Schuldenbremse mittelfristig eine kleinere Zahl von Ländern zur Folge haben wird. Diese in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkten Länder könnten sich dann, so der frühere bayerische Ministerpräsident, auch in der Bildungspolitik besser positionieren:

„Sieben oder acht Bundesländer auf Augenhöhe würden die Bildungsideale der Föderalismusreform vielleicht besser mit Leben erfüllen.“

(sueddeutsche.de, 27.07.2010, <http://tinyurl.com/33qg6sx>)

Bis es soweit kommt, wird der deutsche Bildungsföderalismus weiterhin gebetsmühlenartig von seinen unterschiedlichen Flanken kritisiert werden. Eine zentrale Veränderung besteht dann jedoch in der Partecouleur der verantwortlichen Akteure – diese werden nämlich mehr und mehr von den kleinen Parteien gestellt. Ob sie willens sind und es ihnen gegebenenfalls gelingt, für ein größeres Verständnis des Bildungsföderalismus einzutreten, scheint fragwürdig.